

Update 11/2019

Bernhard Daldrup, MdB
Für den Kreis Warendorf

Berlin, 25. Oktober 2019

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

es liegen zwei Sitzungswochen hinter uns in denen viel passiert ist. Der Anschlag in Halle am jüdischen Jom-Kippur-Feiertag war ein Angriff auf unsere Gesellschaft und auf unsere demokratische Grundordnung. Wir müssen uns dem rechtsextremen Gedankengut in der Gesellschaft deutlicher entgegenstellen, denn auch rechte Parteien in den Parlamenten wirken daran mit, den Nährboden für solche Taten zu bereiten.

Im Bundestag ging es um viele wichtige Themen. Unter ihnen war die Verabschiedung der Grundsteuerreform. Dies ist ein großer Erfolg für die Kommunen, denn für die Städte und Gemeinden geht es um Einnahmen in Höhe von rund 15 Milliarden Euro im Jahr.

Dieses Thema und vieles mehr im aktuellen Update aus dem Bundestag.

Viel Spaß beim Lesen!

Fragen, Anregungen, Kritik? Meldet Euch. Ihr wisst, wie es geht.

Euer



Unter anderem geht es in diesem Update um diese Themen:

- Zur aktuellen Lage
- Grundsteuerreform
- Wohngeldstärkungsgesetz
- Debatte nach dem Anschlag in Halle
- Rede zur Kommunalisierung
- Regionalrat Münster zu Besuch im Bundestag
- Abschaffung Soli - Steuergerechtigkeit
- Wahlen der Arbeitsgruppensprecher und –sprecherinnen
- Klimaschutzgesetz
- Mietspiegel: Betrachtungszeitraum ausgeweitet
- Berufliche Bildung modernisieren und stärken: Mindestlohn für Azubis
- Wiedereinführung der Meisterpflicht
- Bessere Löhne für Pflegerinnen und Pfleger
- Paketboten-Schutz-Gesetz
- Jugendpresstage
- Untersuchungsausschuss PKW Maut
- Einladung zur Veranstaltung „Handel und Annäherung – Chancen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Russland“ mit Dirk Wiese MdB am 28.10.19 in Sendenhorst

Bernhard Daldrup, MdB • Roonstraße 1 • 59229 Ahlen

Tel. 02382 / 9144-22 • Fax: 02382 / 9144-70 • E-Mail: info@bernhard-daldrup.de

Ahlen, 25. Oktober 2019

// Zur aktuellen Lage

Am 21. Oktober 1969, vor genau 50 Jahren, wurde Willy Brandt vom deutschen Bundestag zum Kanzler gewählt. Damit wurde er der erste sozialdemokratische Regierungschef der Bundesrepublik. Willys Grundsätze „mehr Demokratie wagen“ und „Keine Angst vor Experimenten“ haben nicht nur seine eigene Politik, sondern auch die Bundesrepublik nachhaltig geprägt.

Heute, 50 Jahre später, gedenken wir nicht nur der großen Verdienste Willy Brandts um die Versöhnung und Einigung Europas und seinen Mut zu Veränderung und Fortschritt. Wir schöpfen auch Inspiration und Kraft für unser aktuelles politisches Handeln: für Frieden in Deutschland und in der Welt, für ein demokratisches Miteinander, für soziale und wirtschaftliche Teilhabe und für Toleranz.

Der Koalitionsausschuss hat sich am 20. Oktober mit wichtigen Fragen des Miteinanders in internationalen Beziehungen, insbesondere der türkischen Offensive in Nordsyrien befasst. Wir sagen mit aller Klarheit: der Angriffskrieg der Türkei, der bereits rund 200.000 Menschen in die Flucht getrieben hat, ist völkerrechtswidrig.

Die Europäische Union muss einen gemeinsamen Rüstungsexportstopp gegen die Türkei verhängen. Der nicht abgestimmte Vorschlag der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zur Errichtung einer Schutzzone in Nordsyrien fand im Gespräch keine Erwähnung, obwohl das Thema Syrien ein eigener Tagesordnungspunkt war. Zwingende Voraussetzung für eine Schutzzone in Syrien ist ein Mandat des UN-Sicherheitsrates – eine Mehrheit dafür ist allerdings nicht absehbar.

// Grundsteuerreform

Am Freitag hat der Bundestag in 2./3. Lesung ein Grundsteuer-Reformgesetz beschlossen. Damit endet eine der längsten Verhandlungen der letzten Jahre. Denn eine Reform der Grundsteuer, vorgegeben durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, berührt den Bund, die Bundesländer und die Städte und Gemeinden. Denn die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequelle der Kommunen. Die Grundsteuereinnahmen betragen etwa 15 Milliarden Euro im Jahr. Sollte eine Neuregelung nicht verabschiedet werden, drohten den Gemeinden gewaltige Einnahmeausfälle, die die kommunale Selbstverwaltung gefährden.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist bei der Reform der Grundsteuer die Sicherung der finanziellen Grundlagen der Städte und Gemeinden oberstes

Prinzip, um die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Mit den nun beschlossenen Gesetzentwürfen behält der Bund weiterhin die Gesetzgebungskompetenz, die Grundsteuer kann nicht abgeschafft werden. Das wird jetzt auch im Grundgesetz zweifelsfrei festgeschrieben. Zugleich wird den Bundesländern durch eine Ergänzung in Artikel 72 Absatz 3 des Grundgesetzes das Recht eingeräumt, abweichende landesrechtliche Regelungen zur Grundsteuer zu erlassen. Nach monatelangen Verhandlungen hat die CSU in letzter Minute den mit 15 Ländern erzielten Konsens verlassen und eine solche Abweichungsmöglichkeit für einzelne Länder verlangt.

Vor diesem Hintergrund sieht der Gesetzentwurf vor, dass für die Berechnung des Länderfinanzausgleichs weiterhin die bundeseinheitliche Regelung zugrunde gelegt wird. Damit haben andere Länder wenigstens keinen finanziellen Nachteil durch den Sonderweg eines Landes. In keinem Fall darf sich Bayern auf Kosten anderer Länder im Länderfinanzausgleich der Finanzverantwortung entziehen. Das ist sichergestellt.



Bernhard Daldrup beim Phoenix Interview zur Grundsteuerreform

SPD-Fraktion setzt sich bei Berechnung durch

In der Frage der künftigen Berechnung der Grundsteuer hat sich die SPD-Fraktion durchgesetzt: Die Berechnung wird sich auf Bundesebene auch weiterhin am Wert der Grundstücke orientieren. Es macht demnach einen Unterschied, ob ein Haus oder eine Wohnung in einem begehrten Innenstadtviertel oder in einer weniger gefragten Randlage einer Metropole steht, ob es sich in einer ländlichen Gemeinde oder in der Stadt befindet. Das heißt, dass bei gleicher Fläche der Villenbesitzer in einer teuren Lage mehr Grundsteuer zahlen muss als der Hausbesitzer in einer schlechteren

Randlage. Das ist gerecht und trägt den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts Rechnung.

Dieser Wertbezug war ein entscheidender Punkt für die SPD-Fraktion, der nun in der Bundesregelung abgesichert wird. Hinzu kommt: Immobilien des sozialen Wohnungsbaus, kommunale sowie gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsgenossenschaften sollen unter bestimmten Voraussetzungen durch einen zusätzlichen Abschlag auf die Steuermesszahl bei der Grundsteuer begünstigt werden. Mit diesem wertabhängigen Modell wird die Grundsteuer einfacher, gerechter und zukunftsfähig.

Außerdem wird die Koalition mit der Grundsteuer-Reform die sogenannte Grundsteuer C einführen. Damit hilft sie den Städten und Gemeinden, Wohnraum zu schaffen und gegen Grundstückspekulationen vorzugehen.

Insbesondere in Ballungsgebieten besteht ein erheblicher Wohnungsmangel, auch weil baureife Grundstücke als Spekulationsobjekt gehalten werden anstatt dringend benötigten Wohnraum zu schaffen.

Die Kommunen erhalten das Recht, eine Grundsteuer C auf unbebaute, aber bebaubare Grundstücke zu erheben. Im parlamentarischen Verfahren hat die SPD-Fraktion erreicht, dass Kommunen auch aus städtebaulichen Gründen die Grundsteuer C einführen können. Damit bekommen die Kommunen die Möglichkeit, Bauland zu mobilisieren, ihre Baulücken leichter zu schließen, Spekulationen entgegenzuwirken und eine gute Stadtentwicklung zu betreiben.

Die Bundesländer haben vorbehaltlich der Verabschiedung in Bundestag und Bundesrat spätestens bis zum 31. Dezember 2024 Zeit, für die reibungslose Umsetzung der Reform zu sorgen.

„Es ist uns gelungen, ein wertabhängiges Modell durchzusetzen. Dadurch wird die Grundsteuer einfacher, gerechter und zukunftsfähig. Auch wenn in den Verhandlungen schmerzhaft Kompromisse notwendig waren, konnte nun insgesamt eine vernünftige Basis für die weiteren Entscheidungen in Bundestag und Bundesrat erreicht werden.“

Die Rede zur Grundsteuerreform gibt es online:

<https://dbtg.tv/fvid/7395473>

// Wohngeldstärkungsgesetz

Das Wohngeld erfüllt als vorgelagertes Sicherungssystem eine wichtige sozialpolitische Funktion. Mit der Reform, die diese Woche in zweiter und dritter Lesung im Bundestag beraten wurde, tragen wir dazu bei, dass Wohnen auch für einkommensschwache Haushalte bezahlbar bleibt. Erstmals werden wir eine Dynamisierung des Wohngeldes einführen, die (am 1. Januar) 2022

greift. Das bedeutet: Wir werden das Wohngeld alle zwei Jahre an die eingetretene Miet- und Verbraucherpreisentwicklung anpassen. Damit sichern wir die mit der Wohngeldreform im Jahr 2020 erreichte Entlastungswirkung des Wohngeldes auch für die kommenden Jahre. Weniger Haushalte werden dadurch zwischen Wohngeld und Arbeitslosengeld II sowie Sozialhilfe hin- und herwechseln. Wir nehmen den Menschen die Angst, aus dem Wohngeld rauszufallen. Die Reform des Wohngeldgesetzes und seine regelmäßige Dynamisierung ist ein wesentlicher Meilenstein sozialdemokratischer Politik in dieser großen



*In meiner Rede zum Wohngeldstärkungsgesetz:
"mehr Wohngeld bedeutet auch mehr soziale Sicherheit für die betroffenen Menschen"*

Koalition für ein solidarisches Land.

Durch die Reform wird es ab 1. Januar 2020 mehr Wohngeld für mehr Haushalte geben. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Wohnkosten wirkungsvoll zu entlasten. Zuletzt wurde das Wohngeld zum 1. Januar 2016 angepasst. Von der nun auf den Weg gebrachten Wohngeldreform profitieren insgesamt rund 660.000 Haushalte. Zum Vergleich: Ohne Reform würde sich die Zahl der Haushalte, die vom Wohngeld profitieren, bis Ende 2020 voraussichtlich auf rund 470.000 reduzieren. Das entspricht einer Erhöhung von rund 40 Prozent. Rund 180.000 Haushalte werden durch die Reform neu oder wieder einen Anspruch auf Wohngeld erhalten. Rund 20.000 Wohngeldhaushalte würden ohne Reform Ende 2020 Leistungen des SGB II beziehen. Weitere rund 5.000 Haushalte wechseln aus dem SGB XII in das Wohngeld.

Zum anderen heben wir die Miethöchstbeträge nach Mietstufen gestaffelt an. Die Miethöchstbeträge bestimmen den Betrag der Miete, bis zu dem die Miete durch das Wohngeld bezuschusst wird. Die Miethöchstbeträge in den Regionen mit stark steigenden Mieten, vor allem in den Ballungsräumen, werden überdurchschnittlich angehoben.

Mit der Einführung einer neuen Mietstufe VII wird der immer stärkeren Mietenspreizung Rechnung getragen, insbesondere in Kreisen und Gemeinden, deren Mietenniveau nicht mehr durch die bisherigen sechs Mietestufen sachgerecht abgebildet werden konnte. Damit können Haushalte in Kreisen und Gemeinden mit einer Abweichung des Mietenniveaus von 35 Prozent und höher gegenüber dem Bundesdurchschnitt nun ein höheres Wohngeld erhalten.

Mit einem Entschließungsantrag tragen die Koalitionsfraktionen den Kritikpunkten in der Öffentlichen Anhörung Rechnung und fordern eine Informations- und Öffentlichkeitskampagne zur Steigerung der Bekanntheit des Wohngeldes.

Weiterhin halten die Koalitionsfraktionen daran fest, bei der Umsetzung der Eckpunkte des Klimaschutzprogramms 2030 rechtzeitig einen Gesetzentwurf zur geplanten Erhöhung des Wohngeldes um 10 Prozent zur Vermeidung sozialer Härten bei steigenden Heizkosten vorzulegen.

// Rechter Terror beginnt mit Worten und endet mit Taten

Bei dem rechtsterroristischen Anschlag auf die Synagoge in Halle sind am 9. Oktober zwei Menschen ermordet worden. Ziel des Täters war ein Massenmord an Juden am Jom-Kippur-Feiertag. Für mich und die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Dieser Anschlag am jüdischen Jom-Kippur-Feiertag ist ein Angriff auf unsere Gesellschaft und auf unsere demokratische Grundordnung. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen fest an der Seite der jüdischen Bürgerinnen und Bürger.

Am Donnerstag, 17. Oktober, hat der Deutsche Bundestag sich vor Eintritt in die Tagesordnung zu Ehren der Opfer des Anschlags und als Zeichen der Verbundenheit mit allen Menschen jüdischen Glaubens gedacht. Der Bundestag hat seinen Willen bekundet, einen Beitrag dafür leisten zu wollen, dass jeder in diesem Land, egal welcher Religion, welcher Herkunft oder welchen Geschlechts, die grundlegende Sicherheit erfährt, frei und selbstbestimmt zu leben.

Ich glaube jedoch, dass wir uns dem rechtsextremen Gedankengut in der Gesellschaft deutlicher entgegenstellen müssen. Denn auch rechte Parteien in den Parlamenten wirken daran mit, den Nährboden für solche Taten zu bereiten.

Rechter Terror beginnt mit Worten und endet mit Taten. Den Hass im Internet müssen wir klarer als bisher in den Fokus nehmen und wirksame Antworten auf die Radikalisierung online wie auch offline geben.

Vor diesem Hintergrund ist eine Verstärkung der Programme für Demokratieförderung, wie das Bundesprogramm „Demokratie leben“, umso wichtiger. Zum Wohngeldstärkungsgesetz mehr in meiner Plenarrede:

<https://dbtg.tv/fvid/7395694>

// Rede zur Rekommunalisierung

In der ersten Sitzungswoche habe ich eine Plenarrede zum Antrag der Linkspartei gehalten. In einem Antrag mit dem Titel "[Kommunen fördern und Rekommunalisierung unterstützen](#)" forderte die Fraktion Die Linke die PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH (PD) aufzulösen und durch eine AöR zu ersetzen. Damit solle Rekommunalisierung und nicht der Finanzierungsmechanismus über die Öffentlich-Private-Partnerschaft gefördert werden. Die Argumentation der Fraktion Die Linke unterschlägt, dass die PD in ihrer jetzigen Form auch Kommunalberatung bei der Durchführung von Rekommunalisierungsvorhaben bereitstellen kann und ÖPP-Projekte aufgrund der aktuellen Zinssituation schon jetzt von untergeordneter Bedeutung sind. Mehr dazu in meiner Plenarrede:

<https://dbtg.tv/fvid/7395424>

// Regionalratsfraktion Münster zu Besuch im Bundestag

Am 16.10.2019 war der Regionalrat Münster zu Besuch im Bundestag. In einem Gespräch mit mir und Arno Klare, Mitglied des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur, ging es um viele wichtige kommunale Themen. Zur Mobilität im ländlichen Raum wurde das €365 Ticket thematisiert, sowie der zweigleisige Ausbau Münster-Lünen. Aber auch das Fahrradfahren im Münsterland ist von großer Bedeutung, und Münster, als



Am 16.10.2019 war die Regionalratsfraktion Münster im Bundestag zu Besuch

ehemalige Fahrradstad Deutschlands, sollte sich weiter einsetzen für den Ausbau von sicheren, und vom Autoverkehr getrennten, Fahrradwegen. Dies ist auch eine wichtige Voraussetzung für das autonome Fahren der Zukunft.

Kurz vor Verabschiedung der Grundsteuerreform am Freitag lag auch ein besonderes Interesse der Regionalratsfraktion in den Auswirkungen der Grundsteuerreform für die Kommunen. Die Verabschiedung bedeutet ein großer Erfolg für die Kommunen, denn für die Städte und Gemeinden geht es um Einnahmen in Höhe von rund 15 Milliarden Euro im Jahr.

// Abschaffung Soli - Steuergerechtigkeit

Wohlstand für viele, nicht nur Reichtum für wenige. Das ist die Voraussetzung, um den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken. Auch deshalb schaffen wir nun den Soli ab – für 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die reichsten zehn Prozent sollen aber weiterzahlen – in voller Höhe sogar nur die 3,5 Prozent der Superreichen. Sie sollen ihren Beitrag leisten, damit wir in die Zukunft investieren können: in Chancen für unsere Kinder, in Klimaschutz, Forschung und Entwicklung.

Darüber hinaus brauchen wir auch eine vernünftige Besteuerung sehr großer Vermögen. Es geht um Multimillionäre und Milliardäre. Sie sollen einen größeren Anteil für die nötigen Investitionen beitragen - für die Infrastruktur, für bezahlbares Wohnen und für den Klimaschutz und damit Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen weniger Steuern zahlen. Damit alle, die sich anstrengen, ihren Anteil am Wohlstand haben. Und damit wir die unterstützen können, die es brauchen. Wir wollen mehr für viele! Ein Land, das zusammenhält.

// Wahl zum Sprecher für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen gewählt

In der zweiten Sitzungswoche haben die Wahlen der Arbeitsgruppensprecher und -sprecherinnen stattgefunden. Ich wurde in der Fraktionssitzung erneut einstimmig zum Sprecher für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen der SPD-Bundestagsfraktion gewählt worden. Damit bin ich auch Sprecher im gleichnamigen Ausschuss, der erst im letzten Jahr gegründet wurde.

Die Aufgabe, Sprecher für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen zu sein, ist eine sehr wichtige. Erstmals seit 1969 haben wir in dieser

Legislaturperiode wieder einen Bundestagsausschuss für Kommunen und es gibt richtungweisende Aufgaben. Die Reform der Grundsteuer und damit der Sicherstellung finanzieller Handlungsfähigkeit der Kommunen ist auf dem Weg.



Mit Claudia Tausend und Klaus Mindrup

Dank der SPD wird sozialer Wohnungsbau wieder stärker gefördert, nämlich mit fünf Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode. Die Empfehlungen der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ müssen in die Tat umgesetzt werden, um gleichwertige Lebensbedingungen in Städten und im ländlichen Raum zu gewährleisten. All diesen Herausforderungen werde ich mich auch weiterhin mit vollem Einsatz stellen.

// Klimaschutzgesetz

Wir handeln. Denn wir haben keine Zeit zu verlieren. Darum haben wir uns nach langen Verhandlungen in der Regierung auf Regeln geeinigt, wie wir unsere internationalen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen verlässlich erreichen. Wir leiten eine Wende ein, um die Klimaschutzziele 2030 endlich zu erreichen.

Deutschland bekommt ein Klimaschutzgesetz – mit klaren Verantwortlichkeiten, welches Ministerium was zu tun hat, um die Klimaziele zu erreichen. Wenn ein Bereich (z.B. Verkehr oder Gebäude) seine Zielvorgaben nicht einhält, muss das zuständige Ministerium zügig Maßnahmen vorlegen, um die Ziele wieder zu erreichen. Mit dem Klimaschutzgesetz machen wir Klimaschutz verbindlich und verlässlich.

Dafür nehmen wir über 50 Milliarden Euro in die Hand – zum Beispiel um den öffentlichen Nahverkehr deutlich auszubauen. Das Ziel 65% Erneuerbare Energien bis 2030 wird nun Gesetz. Um das Ziel zu erreichen, bauen wir die Stromnetze aus, schaffen 1 Millionen Ladepunkte für Elektroautos und heben die derzeit bestehende Begrenzung beim Ausbau für Solarenergie auf und das Ausbauziel bei Windenergie an.

Und wir geben dem CO₂-Ausstoß einen Preis. Das ist wichtig, weil es Tempo bringen wird in die Entwicklung sauberer Technologien. Gleichzeitig unterstützen wir die Bürgerinnen und Bürger, auf klimafreundliche Autos und Heizungen umzusteigen. Bahnfahrten machen wir günstiger. Fliegen wird teurer.

Zum Klimaschutzgesetz hielt ich eine Plenarrede:

<https://dbtg.tv/fvid/7397464>

// Mietspiegel: Betrachtungszeitraum ausgeweitet

Für viele Menschen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Politik für ein solidarisches Land bedeutet, bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum zu schaffen und Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung zu schützen. Dafür haben wir uns in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich eingesetzt.

Diese Woche haben wir in erster Lesung ein Gesetz beraten, mit dem wir steigende Mieten begrenzen, indem wir den Betrachtungszeitraum beim Mietspiegel ausweiten. Dafür hat die SPD-Bundestagsfraktion lange und gegen den Widerstand der Union gekämpft. Mit dem nun vorliegenden Gesetzentwurf werden die Mieten aus sechs statt nur vier Jahren in die Berechnung der Vergleichsmiete einfließen. Dadurch sinkt die Vergleichsmiete tendenziell und der Anstieg der Mietpreise bei bestehenden und bei neuen Mietverhältnissen wird gedämpft, denn die Mieten waren vor sechs Jahren in vielen Städten noch deutlich niedriger als heute.



Mit dem Präsidenten des Deutschen Mieterbundes Lukas Siebenkotten und Klaus Mindrup beim Parlamentarischen Abend des Deutschen Mieterbunds

// Berufliche Bildung modernisieren und stärken: Mindestlohn für Azubis

Des Weiteren haben wir diese Woche ein Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen

Bildung beschlossen. Die Neuerungen gehen auf wichtige Trends und Herausforderungen in der beruflichen Bildung ein und schaffen so den rechtlichen Rahmen, um die duale Berufsausbildung fit für die Zukunft zu machen.

Gut ausgebildete Fachkräfte brauchen eine sichere finanzielle Grundlage und ihre Leistung verdient Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Die Mindestausbildungsvergütung (MAV) ist deshalb ein wichtiger Teil der vorliegenden Reform. Die Mindesthöhe der Vergütung für eine Ausbildung wird nun auf 515 Euro festgelegt und wird sich bis ins dritte Lehrjahr um sogar 35 Prozent erhöhen. Wir konnten darüber hinaus erreichen, dass die Vergütungen mit fortschreitender Ausbildung in den nächsten Jahren deutlich steigen werden. Ohne den Einsatz von DGB und BDA wäre dieses Ergebnis nicht zu Stande gekommen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat außerdem im parlamentarischen Verfahren wichtige zusätzliche Verbesserungen auf den Weg gebracht, die am Donnerstag ebenfalls im Rahmen des Gesetzes zur Modernisierung der beruflichen Bildung vom Bundestag beschlossen werden sollen. Diese beinhalten den gesetzlichen Anspruch auf Freistellung von der betrieblichen Arbeit an einem Berufsschultag für alle Auszubildenden und eine gesetzliche Freistellung für einen zusätzlichen Lerntag am Vortag einer Prüfung. Darüber hinaus muss zukünftig der Arbeitgeber die Kosten für ausbildungsrelevante Fachliteratur übernehmen.

// Wiedereinführung der Meisterpflicht

Die Koalition hatte sich darauf geeinigt, die 2004 erfolgte Abschaffung der Meisterpflicht für viele Berufsbilder bei Bedarf wieder einzuführen. Denn viele Berufsbilder haben sich seit 2004 stark verändert. Daher ist eine Reglementierung der Ausübung der betroffenen Handwerke zum Schutz von Leben und Gesundheit sowie der Wahrung von Kulturgütern und immateriellem Kulturerbe erforderlich. Zudem haben sich Ausbildungszahlen und Meisterprüfungen reduziert.

Unser Ziel ist, mehr Qualität für die Kundschaft und mehr Nachwuchs im Handwerk durch eine bessere Ausbildung. Der Gesetzesentwurf wurde in der Koalitionsarbeitsgruppe „Meisterbrief“ unter Beteiligung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks und der Gewerkschaften erarbeitet.

Wir sind davon überzeugt, dass der Meisterbrief im deutschen Handwerk die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft liefert. Die Meisterpflicht trägt außerdem durch eine hochwertige

berufliche Aus- und Weiterbildung maßgeblich zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses bei. Unser Ziel ist, mehr Qualität für die Kundschaft und mehr Nachwuchs im Handwerk durch eine bessere Ausbildung.

// Bessere Löhne für Pflegerinnen und Pfleger

Außerdem hat der Deutsche Bundestag das Pflegegehälterverbesserungsgesetz in dieser Woche beschlossen. Damit schaffen wir die Grundlage für bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Mit dem Gesetz für bessere Löhne in der Pflege wollen wir ermöglichen, dass Pflegekräfte mehr verdienen. Dafür kommen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zwei Wege in Frage: ein branchenweit erstreckter Tarifvertrag oder höhere Pflegemindestlöhne durch Rechtsverordnung, die auf Empfehlungen der Pflegekommission fußen. Für die Durchsetzung spürbarer Verbesserungen wäre die Erstreckung tarifbasierter Arbeitsbedingungen auf Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (§ 7a A-EntG), also eine Tarifvertragslösung, die bessere Variante. Das Verfahren nach dem Engt wird unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der stark vertretenen Religionsgesellschaften in der Pflegebranche geregelt.

Unsere Ziele sind die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, dass es künftig Mindestlöhne differenziert nach Hilfs- und Fachkräften gibt und die Ost-/West-Unterschiede beendet werden.

Nun entscheiden die Sozialpartner, welchen Weg sie gehen. Die Gründung des entsprechenden Arbeitgeber-Verbandes war ein wichtiger Schritt. Gewerkschaften und Arbeitgeber werden nun verhandeln und gemeinsam entscheiden, ob sie einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag schaffen oder weiter den Weg über den Pflegemindestlohn beschreiten wollen. Mit dem Pflegegehälterverbesserungsgesetz wird außerdem die Handlungsfähigkeit der Pflegekommission gestärkt. Die Pflegekommission spricht Empfehlungen über Mindestarbeitsbedingungen (Mindestentgelte, Urlaub) aus. Diese Empfehlungen können zum Gegenstand von Rechtsverordnungen gemacht werden.

// Paketboten-Schutz-Gesetz

Wir schätzen die Vorteile des Versandhandels und bestellen gerne Waren im Internet. Dieses Jahr werden rund 3,7 Milliarden Paketsendungen erwartet. Jeder, der eine Online-Bestellung aufgibt, Geburtstag hat oder kurz vor dem Weihnachtsfest

Geschenke bestellt, freut sich, wenn die Paketbotin oder der Paketbote klingelt. Der Boom in der Paketbranche darf jedoch nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen – und auch nicht zu Lasten der Unternehmen, die sich an Recht und Gesetz halten. Aus diesen und aus vielen anderen guten Gründen ist es inakzeptabel, wenn schwarz gearbeitet wird, keine Meldung an die Sozialversicherung erfolgt, Sozialversicherungsbeiträge schlicht und ergreifend hinterzogen werden und die Vergabe von Aufträgen an Subunternehmer genau dazu genutzt wird. Dass dies leider häufig der Fall ist, haben zuletzt Kontrollen des Zolls gezeigt. Am 18. September hat das Bundeskabinett daher auf Drängen der SPD-Bundestagsfraktion und auf Initiative des Bundesarbeitsministers Hubertus Heil das Paketboten-Schutz-Gesetz auf den Weg gebracht. In dieser Woche wurde es im Bundestag beschlossen. Die großen Paketdienste müssen die Verantwortung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrer Branche übernehmen. Das Aushebeln von Arbeitnehmerrechten akzeptieren wir nicht. Deswegen werden wir die Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen und die Nachunternehmerhaftung in dieser Branche einführen. Damit werden diejenigen, die Aufträge an andere Unternehmen weitergeben, dafür verantwortlich, dass anständige Arbeitsbedingungen herrschen und Sozialabgaben korrekt gezahlt werden. Sie können ihre Hände nicht mehr in Unschuld waschen, indem sie auf den Subunternehmer zeigen. So sichern wir Arbeitnehmerrechte und sorgen für fairen Wettbewerb in der Paketbranche. Ziel des Gesetzes ist, dass Sozialversicherungsbeiträge für Paketbotinnen und Paketboten auch durch alle Subunternehmen abgeführt werden, indem der einen Auftrag vergebende Hauptunternehmer im Falle von Sozialversicherungsbetrug haftbar gemacht werden kann.

Die SPD Bundestagsfraktion setzte sich frühzeitig dafür ein, dass diese Regelung noch vor dem Weihnachtsgeschäft in Kraft tritt.



Mit dem Teilnehmer der Jugendpressetage aus meinem Wahlkreis Lutz Schraeder

Die SPD-Bundestagsfraktion bietet regelmäßig Veranstaltungen für Jugendliche und junge Erwachsene an, die Interesse an der Arbeit und Politik unserer Fraktion haben. Die Jugendpressetage richten sich an junge Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteure sowie presseinteressierte Jugendliche, die sich über das Zusammenspiel von Medien und Politik in unserer Hauptstadt informieren möchten. Sehr freue ich mich darüber, dass sich in diesem Jahr Lutz Schraeder aus Ennigerloh bei mir beworben und auf Einladung der Fraktion an dem dreitägigen Programm teilgenommen hat. Dazu gehörte eine Pressekonferenz mit unserem Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, bei der die Jugendlichen Fragen zu politischen Themen stellen konnten. Weiterhin waren Gespräche mit dem Generalsekretär, dem Juso-Bundesvorstand und der Pressestelle beim Parteivorstand im Willy-Brandt-Haus geplant. Lutz Schraeder besuchte zudem die Studios von ARD und rbb, nahm an einer Plenardebatte teil und kam mit Hauptstadtjournalisten ins Gespräch. Wir haben uns bei einem gemeinsamen Abendessen der Jugendlichen und teilnehmenden MdBs getroffen und waren am letzten Tag gemeinsam mit meinem Team Mittagessen.

„Besonders mitzubekommen wie hart die Abgeordneten arbeiten und was alles in Berlin passiert – war eine super Erfahrung. Ebenso die vielen intensiven Diskussionen mit Politikerinnen und Politikern, Journalisten, aber vor allem mit Gleichaltrigen“.



Handel und Annäherung?

**Chancen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Russland
Einladung zur Veranstaltung mit
Dirk Wiese, MdB
Russlandbeauftragter der Bundesregierung
am Montag, den 28. Oktober
in der Waldmutter
Hardtstr. 6, 48324 Sendenhorst**

Welche konstruktive Rolle können gesellschaftliche und ökonomische Verflechtungen zwischen Deutschland und Russland heute spielen? Brauchen wir eine „Neue Ostpolitik“ des 21. Jahrhunderts? Wie sollen die deutsch-russischen Beziehungen zukünftig aussehen?

Mit Dirk Wiese, dem Koordinator für die zwischen-gesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft – umgangssprachlich auch Russlandbeauftragter der Bundesregierung - ist ein prominenter Redner zu Gast und wird über die aktuelle Positionierung von Bundesregierung und SPD-Bundestagsfraktion u.a. zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Im Anschluss werden Dr. Günther Horzetzky (Staatssekretär a.D. Landesministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk NRW), Marija Ruzhitskaya (DRJUG e.V. – Alumniverein des Deutsch-Russischen Jugendparlaments) und Wolfram Eberhardt (Leiter Unternehmenskommunikation CLAAS) bei einer Podiumsdiskussion weitere Impulse zu den deutsch-russischen Beziehungen aus den Perspektiven von Landespolitik, Gesellschaft und Wirtschaft geben bevor der offenen Diskussion mit den Gästen viel Raum geboten wird.

Interesse? Für eine kurze Rückmeldung wäre ich sehr dankbar. Per E-Mail an Bernhard.Daldrup@bundestag.de oder telefonisch unter 02382/914422.